

## LA1 Solidarität und Sicherheit auf Basis des Völkerrechts: Für Frieden in Israel und Gaza

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 11.09.2025

Tagesordnungspunkt: 5.2 Leitantrag "Grüne Perspektive auf die Lage im Nahen Osten"

### Antragstext

Die Terrorangriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 waren eine – für die israelische Bevölkerung - schmerzhaft und retraumatisierende Zäsur. An diesem Tag wurden 1200 israelische Zivilist\*innen ermordet und über 250 Menschen als Geiseln in den Gazastreifen entführt. Eines muss klar benannt werden: es ist die Agenda der Hamas und ihrer Verbündeten, den Staat Israel und das jüdische Leben in der Region auszulöschen. Das Existenzrecht Israels, das Recht auf Selbstverteidigung sowie der Schutz jüdischen Lebens sind für uns nicht verhandelbar. Aufgrund der deutschen Geschichte und der Verbrechen des Holocaust tragen wir eine besondere Verantwortung, die dauerhafte Sicherheit Israels und seiner Bürger\*innen zu gewährleisten.

Nach dem Massaker vom 7. Oktober reagierte die israelische Regierung mit einer militärischen Offensive, die das Ziel verfolgte, die Hamas dauerhaft zu entwaffnen. Angesichts der Zerstörung und der humanitären Lage im Gazastreifen bietet sich inzwischen ein verheerendes Bild. Während sich die Anzahl der Opfer derzeit kaum überprüfen lässt, gehen die Vereinten Nationen von über 60.000 Toten und mehr als 160.000 Verwundeten aus, davon über die Hälfte unter vulnerablen Gruppen wie Kindern, Frauen und alten Menschen.[\[1\]](#)

Das Leid der Zivilbevölkerung, die hohen Opferzahlen und das Ausmaß der Zerstörung der kritischen Infrastruktur in Gaza sind erschütternd. Militärische Offensiven in verschiedenen Regionen Gazas haben 90 Prozent der Bevölkerung zu Binnenvertriebenen gemacht und die zivile Infrastruktur, darunter Krankenhäuser, Schulen und Hochschulen, zum Zusammenbruch gebracht. Neben der fehlenden medizinischen Versorgung beraubt dies insbesondere eine junge Generation in Gaza ihrer Bildungs- und Zukunftschancen. Mitschuld an dieser Tragödie trägt die Hamas, die seit Jahrzehnten gezielt die Grenzen zwischen militärischer und ziviler Infrastruktur verwischt, um die Menschen vor Ort als Schutzschilde zu missbrauchen. Ein Vorgehen, das eindeutig gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt und das wir strikt verurteilen.

Nach einigen Wochen der Waffenruhe zu Beginn des Jahres 2025 führte die Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu im März den Krieg im Gazastreifen fort und verhängte zeitgleich eine Blockade über die Lieferung humanitärer Hilfsgüter nach Gaza. Die folgende Hungersnot betrifft Hunderttausende Menschen. 132.000 Kinder sind aufgrund akuter Mangelernährung vom Tod bedroht.[\[2\]](#) In mehreren Anordnungen und Gutachten hat der Internationale Gerichtshof (IGH) die Dringlichkeit des Schutzes der Zivilgesellschaft betont. Das undifferenzierte Vorgehen gegen die Bevölkerung in Gaza verurteilen wir nachdrücklich. Zudem ist der Zugang zu unabhängigen Informationen aus dem Gazastreifen stark eingeschränkt. Journalist\*innen haben keinen freien Zutritt und viele wurden unter zum Teil noch ungeklärten Umständen getötet. Angesichts des Ausmaßes der Zerstörung in Gaza und der gezielten Blockade humanitärer Hilfe muss die Verhältnismäßigkeit der israelischen Selbstverteidigung im Rahmen des humanitären Völkerrechts mittlerweile in Zweifel gezogen werden.

43 Treibende Kraft hinter der humanitären Blockade und der Fortsetzung des Kriegs  
 44 sind die Rechtsextremisten in der israelischen Regierung. Durch Netanjahus  
 45 innenpolitische Motivation, insbesondere den Willen zum persönlichen  
 46 Machterhalt, haben sie weit mehr politisches Gewicht, als ihnen mit Blick auf  
 47 ihre Größe in der Knesset zukommen würde. Vertreter dieser Parteien, wie die  
 48 Minister Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir, haben sich in der Vergangenheit  
 49 wiederholt menschenfeindlich über Palästinenser\*innen geäußert und eine  
 50 dezidiert antiarabische Vision eines „Großisrael“ propagiert, die auch eine  
 51 Annexion des Westjordanlandes einschließt; [3] auch Premierminister Netanyahu hat  
 52 seine Unterstützung für dieses Projekt zum Ausdruck gebracht [A] Eine weitere  
 53 Ausbreitung jüdischer Siedlungen würde eine Befriedung der Region im Rahmen  
 54 einer Zwei-Staaten-Lösung endgültig unmöglich machen. Die kürzlich von der  
 55 Netanjahu-Regierung auf den Weg gebrachten Beschlüsse, um neue Siedlungen im  
 56 Westjordanland zu schaffen, und die von Bezalel Smotrich vorgestellten Pläne,  
 57 zur ausdrücklichen Verhinderung eines palästinensischen Staates mehr als 80% des  
 58 Westjordanlandes zu annektieren [B], verdeutlichen, dass die amtierende  
 59 Regierung aktiv gegen eine Zwei-Staaten-Lösung arbeitet. Die im Juli von einer  
 60 breiten Mehrheit der Knesset getragene Resolution, die eine Annexion des  
 61 Westjordanlandes fordert [C], verdeutlicht den Rückhalt dafür auch im Parlament,  
 62 ohne dabei jedoch Rückschlüsse auf die Bevölkerung zuzulassen.

63 Mit der Fortführung des Krieges in Gaza agiert die Regierung um Netanjahu auch  
 64 gegen die wachsende Kritik aus den Reihen des eigenen Militärs [4] und der  
 65 Opposition, sowie gegen einen großen Teil der Zivilgesellschaft, der zu  
 66 Zehntausenden gegen den Krieg demonstriert, [5] und gegen die Familien der  
 67 entführten Geiseln. Diese engagieren sich für ein Ende des Krieges im  
 68 Gazastreifen und die sichere Rückkehr der noch in Gefangenschaft befindlichen  
 69 Personen [6], zu denen auch mehrere deutsche Staatsbürger gehören. [7]

70 Deutschland muss sich in dieser Situation und vor dem Hintergrund seiner  
 71 historischen Verantwortung klar positionieren: solidarisch mit der  
 72 Zivilgesellschaft vor Ort, für die Sicherheit Israels und im Einklang mit einer  
 73 regelbasierten Weltordnung. Wir respektieren die Entscheidungen des  
 74 Internationalen Strafgerichtshofs und seine Rolle bei der Durchsetzung des  
 75 Völkerrechts. Das Handeln der Netanyahu Regierung hat Israel diplomatisch und  
 76 international isoliert und damit in existenzielle Gefahr gebracht. Deutschland  
 77 sollte der amtierenden israelischen Regierung im Interesse der langfristigen  
 78 Sicherheit Israels im direkten diplomatischen Austausch deutliche Kritik äußern  
 79 und sich entsprechend eng mit unseren europäischen und internationalen Partnern  
 80 abstimmen. So hat Annalena Baerbock als Außenministerin bereits Anfang 2024 in  
 81 Gesprächen in Jerusalem den Einsatz von Hunger scharf verurteilt. [8]

82 Die Ziele sind in erster Linie die Freilassung der Geiseln, Verbesserung der  
 83 humanitären Versorgung der Menschen in Gaza und eine Reduzierung der  
 84 israelischen Militäroperationen sowie ein dauerhafter Waffenstillstand.  
 85 Gleichzeitig müssen personenbezogene Sanktionen (z. B. gegen die Minister Ben-  
 86 Gvir und Smotrich) auf den Weg gebracht werden, um zu signalisieren, dass ihre  
 87 menschenfeindliche Politik und Rhetorik gegenüber der palästinensischen  
 88 Bevölkerung nicht geduldet wird. Auch die Aussetzung einzelner Kapitel des EU-  
 89 Assoziierungsabkommens sollte geprüft werden. Deutschland sollte alle  
 90 Anstrengungen unterstützen und vorantreiben, eine von den arabischen Staaten und  
 91 der Palästinensische Befreiungsorganisation getragene Nachkriegsordnung in Gaza  
 92 zu realisieren. Dabei darf keine Einigung mitgetragen werden, die die

93 Terrororganisation Hamas irgendeine politische Rolle zugesteht. Das würde das  
94 Leben der Menschen in der Region zukünftig erneut gefährden und die Sicherheit  
95 Israels dauerhaft bedrohen.

96 Friedrich Merz hat angekündigt, dass Deutschland keine Rüstungsgüter mehr nach  
97 Israel liefern wird, die im Gazastreifen eingesetzt werden könnten. Während  
98 diese Entscheidung nachvollziehbare Gründe hat und im Grundsatz von uns  
99 unterstützt wird, bleibt eine trennscharfe Abgrenzung der Rüstungsgüter  
100 schwierig und muss im Kontext der Bedrohung Israels durch eine Vielzahl an  
101 Akteuren in der Region und der Bedeutung der Verteidigungsfähigkeit abgewogen  
102 werden. Diese Akteure umfassen neben der Hamas auch den Iran, die Hisbollah im  
103 Libanon und Syrien sowie die Huthi im Jemen. Die Verteidigungsfähigkeit Israels  
104 darf von einer Einschränkung der Waffenlieferungen nicht beeinträchtigt werden.

105 In den vergangenen Monaten haben mehrere Staaten angekündigt, einen  
106 palästinensischen Staat anerkennen zu wollen, einige haben diesen Schritt  
107 bereits vollzogen. Solange die Hamas die politische Führung in Gaza innehat,  
108 lehnen wir diese Anerkennung ab. Klar ist, dass es einen geordneten Prozess zur  
109 unabhängigen und friedlichen Verwaltung der palästinensischen Gebiete braucht,  
110 in dessen Rahmen eine Anerkennung möglich wird.

111 Als Bündnis90/Die Grünen Bremen treten wir für eine friedliche und gerechte  
112 Lösung im Nahostkonflikt ein. Die Erklärung von New York, die auch von mehreren  
113 arabischen Staaten unterstützt wird, zeichnet die notwendigen Schritte in diese  
114 Richtung vor. Dringend erforderlich sind: ein sofortiger Waffenstillstand, die  
115 Freilassung aller Geiseln, ein dauerhaft uneingeschränkter Zugang für humanitäre  
116 Hilfe, die Entwaffnung und Entmachtung der Hamas, der Wiederaufbau ziviler  
117 Infrastruktur sowie die Rückkehr zu ernsthaften Friedensgesprächen mit dem Ziel  
118 einer Zwei-Staaten-Lösung.

119 Der Verlauf des Krieges und seine Folgen für Gaza und Israel bewegen sehr viele  
120 Menschen in unserem Bundesland. In Bremen und Bremerhaven leben zahlreiche  
121 Menschen, die persönliche Beziehungen in die Region haben und direkt von den  
122 Kriegsfolgen betroffen sind. Meinungsäußerungen und Demonstrationen, die auf das  
123 Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung aufmerksam machen, finden ihre  
124 Grenze dort, wo es zu Antisemitismus und Gewalt kommt. Jüdinnen und Juden sollen  
125 im Land Bremen sicher leben können. Diskriminierung von Jüdinnen und Juden  
126 stellen wir uns ebenso wie antiisraelischem Antisemitismus entschieden entgegen.  
127 Im Rahmen der Möglichkeiten unseres Bundeslandes und seiner beiden Kommunen  
128 Bremen und Bremerhaven wollen wir:

- 129 • die Aufnahme von Kindern und Familien aus Gaza und Israel unterstützen,  
130 die dringend psychologische oder medizinische Hilfe benötigen. Hier ist

die Bundesregierung in der Verantwortung, Strukturen zu schaffen, um eine sichere Einreise zu ermöglichen,

- Zivilgesellschaftlicher Organisationen unterstützen, die sich der Menschenrechts- und Friedensarbeit im Kontext von Israel und den palästinensischen Gebieten widmen,
- Effektive Maßnahmen gegen Antisemitismus sowie antimuslimischen Rassismus fördern,
- Schulische Formate entwickeln und fördern (z. B. in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung), um differenzierte Perspektiven zum Nahostkonflikt zu vermitteln und antisemitischen wie antimuslimischen Vorurteilen vorzubeugen.

[1]<https://www.ochaopt.org/content/reported-impact-snapshot-gaza-strip-3-september-2025>

[2]<https://de.wfp.org/krise/in/gaza>

[3]<https://www.spiegel.de/ausland/israel-usa-empoenen-sich-ueber-aufrehrerische-gaza-aeusserungen-von-itamar-ben-gvir-a-b9755fe9-b913-4546-8dfa-9970c5ad530f>

[4]<https://www.nytimes.com/2024/06/20/world/middleeast/netanyahu-israel-idf-war.html>

[5]<https://www.spiegel.de/ausland/israel-gaza-krieg-zigtausende-demonstrieren-in-jerusalem-vor-netanyahu-residenz-fuer-kriegsende-a-ed205fcc-e0d5-4fb9-8df8-901e7775b8ce>

[6]<https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-08/nahost-israel-krieg-gazastreifen-geiseln-waffenstillstand-demonstrationen>

[7]<https://www.juedische-allgemeine.de/israel/nennt-ihre-namen/>

[8]<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/israel-annalena-baerbock-und-benjamin-netanjahu-geraten-heftig-aneinander-a-90e5c7cf-7eb3-4f49-8ef5-0cf0d2854d1b>

## Begründung

Erfolgt mündlich auf der Landesmitgliederversammlung

## Unterstützer\*innen

Kirsten Kappert-Gonther (KV Bremen-Nordost); Henrike Müller (KV Bremen Links der Weser); Emanuel Herold (KV Bremen Links der Weser)